Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 16. Juli 2009
Ausgabe 132

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Eröffnung des Richard-Strauss-Tunnels am Mittleren Ring Ost 3
› Qualitätssiegel für den Fachdienst für Arbeitssicherheit der Stadt 5
› Musik für die ganze Familie: Aufführung von „Oh, wie schön ist Panama“ im Nymphenburger Park 6
› Umweltladen am Rindermarkt morgen erst ab 13 Uhr geöffnet 7
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung 8
› Musikprojekt „MakingMusi“ 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Prävention von Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten an weiterführenden Schulen 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 17. Juli, 10 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Kurt Kapp, Stellvertreter des Referenten für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, Jörn Peter, Geschäftsführer der Gesellschaft für Arbeitssicherheits-, Qualitäts- und Umweltmanagement, sowie Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Betriebe präsentieren die Ergebnisse des betrieblichen Mobilitätsmanagements München 2008/2009. Im Rahmen dieses städtischen Förderprogramms haben die Unternehmen effiziente Maßnahmen für eine umwelt-, klima- und mitarbeiterfreundliche Mobilität entwickelt und umgesetzt. Im Anschluss an die Präsentation überreicht Kurt Kapp den Betrieben die Urkunden für ihre erfolgreiche Teilnahme.

Terminabsage
Die für **Freitag, 17. Juli, 14 Uhr**, angekündigte offizielle Eröffnung der Kinderkrippe in der Posener Straße 2 wird verschoben.

Wiederholung
Freitag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Gasteig, Carl-Orff-Saal
Fachvortrag mit anschließender Diskussion im Rahmen der „Leitlinie Bildung". Nach der Begrüßung durch Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner hält Professor Dr. Manfred Prenzel, Gründungsdekan der neuen Fakultät für Lehrkräfteausbildung „School of Education" an der Technischen Universität München, einen Vortrag mit dem Thema „Bildung in der Stadt – für die Teilhabe in der Welt". Die Veranstaltung ist offen für interessierte Bürgerinnen und Bürger.
Anschließend folgt eine Talk-Runde mit Bürgermeisterin Christine Strobl, Professor Dr. Manfred Prenzel, Christian Gohlisch, Leiter der Abteilung Berufliche Bildung und Prüfungswesen bei der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Dr. Stefan Loibl, Geschäftsführer Weiterbildung bei der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, und Janine Zschoche, Vertreterin für die Gymnasien in der Münchner StadtschülerInnenvertretung. Das Publikum ist eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Moderation übernimmt Daniela Arnu vom Bayerischen Rundfunk.

Wiederholung
Freitag, 17. Juli, 20 Uhr, Zirkuszelt Hirschgarten
Zur Eröffnung der Stadtteilwoche Neuhausen-Nymphenburg sprechen Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Vorsitzende des Bezirksausschusses 9, Ingeborg Staudenmeyer.

Dienstag, 21. Juli, 21.30 Uhr, Königsplatz
Oberbürgermeister Christian Ude spricht beim 15. Kino-Open-Air auf dem Königsplatz Grußworte.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 23. Juli, 15 bis 17 Uhr,
Neuhauser-Nymphenburger Anzeiger, Donnersbergerstraße 22
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.
Zeitgleich findet eine Kindersprechstunde mit der Kinderbeauftragten Ursula Zeitlmann statt.

Donnerstag, 23. Juli, 18.30 Uhr,
Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal", Züricher Straße 35
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

Eröffnung des Richard-Strauss-Tunnels am Mittleren Ring Ost
(16.7.2009) Am 23. Juni 1996 haben die Münchnerinnen und Münchner mit dem ersten Bürgerentscheid der Stadt für den weiteren Ausbau des Mittleren Rings votiert und damit den Anstoß für die Planungen und den Bau von drei Tunneln am Mittleren Ring gegeben. Nach dem Petueltunnel, der 2002 in Betrieb ging, wird nun im Münchner Osten der zweite Tunnel für den Verkehr freigegeben. Am 28. Mai 2003 erteilte der Münchner Stadtrat die Ausführungsgenehmigung für dieses Großprojekt mit Kosten in Höhe von 325 Millionen Euro. Hiervon trägt die Landeshauptstadt München 197 Millionen Euro.

Als kleiner Vorgeschmack auf die positiven Auswirkungen nach dem Tunnelbau am Mittleren Ring Ost ging im Dezember 2006 der 102 Meter lange Effnertunnel in Betrieb. Die Arbeiten am 1,5 Kilometer langen Richard-Strauss-Tunnel und seinen beiden Seitentunnels an der Einsteinstraße liefen auf Hochtouren weiter. Oberirdisch musste der Verkehr stets zweispurig pro Richtung weiterfließen. Das machte die Baumaßnahme nicht nur technisch, sondern auch logistisch sehr anspruchsvoll. Mit der umweltschonenden Deckelbauweise war es möglich, immer zwei Fahrbahnen pro Richtung aufrecht zu halten. 2000 hatten die Arbeiten mit umfangreichen Kanalverlegungen begonnen. Im Juli 2003 starteten die Rohbauarbeiten und die ersten der insgesamt 7.200 Bohrpfähle für die Tunnelwände wurden gesetzt. Danach folgte der Bau der Tunneldecken, im Anschluss der Aushub darunter und schließlich die Arbeiten für Sohle und Mittelwand des Tunnels. Die größte bauliche Herausforderung erwartete die Ingenieure an der Kreuzung Einsteinstraße/Leuchtenbergring. Hier unterquert ein 580 Meter langer Seitenarm zur Bundesautobahn A 94 den Haupttunnel. „Bei engsten Platzverhältnissen einen zweistöckigen Tunnel zu bauen, machte die Kreuzung Einsteinstraße/Leuchtenbergring zum Spitzenreiter in Sachen Baustellenlogistik", so Baureferentin Rosemarie Hingerl.
Die Sicherheit im Tunnel wird groß geschrieben. Dafür sorgen eine Vielzahl von baulichen und sicherheitstechnischen Maßnahmen gemäß den aktuellen „Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunnel" (RABT). Die Tunnel-Überwachung und -Steuerung erfolgt im Normalbetrieb vollautomatisch. Über die zentrale Leittechnik wird sie direkt an die Rechner in der Verkehrszentrale München, in der Betriebszentrale des Baureferates und den Betriebsstationen im Tunnel angezeigt. Zusammen mit dem Effnertunnel, dem Leuchtenbergring- und dem Innsbrucker Ring-Tunnel folgen mit dem Richard-Strauss-Tunnel vier Tunnel in kurzen Abständen unmittelbar aufeinander. Sie wurden zu einer so genannten „Tunnelkette" zusammengefasst und als ein sicherheits- und verkehrstechnisches System miteinander verbunden. An den beiden älteren Tunneln waren dafür technische Nachrüstungen in der Höhe von 8,6 Millionen Euro notwendig, die der Münchner Stadtrat im September 2007 genehmigte. Seit Ende Juni fanden umfangreiche Tests der Systeme statt. Dabei wurde jedes Gewerk, z.B. die Videoüberwachung oder die Lautsprechanlage, eigens überprüft und in Betrieb genommen. In der Nacht vom 9. auf den 10. Juli wurden dann nochmals alle Sicherheitssysteme und die Verkehrsleittechnik getestet, so dass nunmehr die Einrichtungen für die Verkehrsfreigabe aufgeschaltet werden konnten. Nach der Verkehrsfreigabe müssen die Systeme im laufenden Betrieb feinjustiert werden. Solche Feinjustierungen sind

in Teststellung ohne Verkehrsfluss nicht möglich. Aus diesem Grund können in dieser Phase noch vereinzelt kurzfristige Störungen auftreten.
Noch am Wochenende werden die Markierungsarbeiten aufgenommen und der Verkehr spurenweise freigegeben. Geplant ist, dass dann ab Montagmorgen der Berufsverkehr vollständig durch die neuen Röhren fließt.
Nach der Inbetriebnahme des Tunnels können an der Oberfläche die Straßenräume abschnittweise umgestaltet werden. Die Verringerung des Oberflächenverkehrs in großen Bereichen auf zehn Prozent der ursprünglichen Belastung, Chancen der städtebaulichen Weiterentwicklung wie am Vogelweideplatz und die Aufwertung und Begrünung des öffentlichen Raumes werden zu einer erheblichen Verbesserung der Aufenthalts- und Wohnqualität führen. Die Richard-Strauss-Straße wird künftig mit einer Fahrspur pro Richtung geführt. Auf beiden Seiten wird sie durch Parkbuchten, Rad- und Gehwege sowie breite Grünstreifen mit Linden begleitet. Am Leuchtenbergring wird die Anzahl der Fahrspuren auf zwei Streifen pro Richtung mit jeweils einer Abbiegespur an den Kreuzungen reduziert. So entsteht auch hier auf beiden Seiten Platz für breite Wege, Parkbuchten und Grün. Insgesamt werden rund 900 Bäume neu gepflanzt. Auf dem Effnerplatz erfolgt die Wiederherstellung der Oberflächen im Zuge der geplanten Verlängerung der Tram „St. Emmeran", die den Platz quert. Bis Sommer 2010 ist geplant, das Kunst-am-Bau-Projekt „Mae West" zu errichten. Voraussichtlich Ende 2010 sind alle Arbeiten zur Wiederherstellung der Oberflächen abgeschlossen. Die am Mittleren Ring Ost wohnenden Münchnerinnen und Münchner müssen deshalb noch ein wenig Geduld aufbringen, bis auch „oben" alles fertig ist. Aber - das Ziel ist in greifbare Nähe gerückt.

Qualitätssiegel für den Fachdienst für Arbeitssicherheit der Stadt
(16.7.2009) Die „Gesellschaft für Qualität im Arbeitsschutz mbH" (GQA) hat den Fachdienst für Arbeitssicherheit der Stadt München zertifiziert und ihm das begehrte GQA-Siegel verliehen. Die GQA ist eine unabhängige Gesellschaft des Verbands Deutscher Sicherheitsingenieure (VDSI) und versteht sich als Gütegemeinschaft mit dem Ziel, für eine qualitativ hochwertige Sicherheitsarbeit zu werben.
Dem städtischen Fachdienst für Arbeitssicherheit (FAS) wurde damit bestätigt, dass er als Dienstleister alle personellen, fachlichen, sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllt, die Landeshauptstadt in Fragen des Arbeitsschutzes kompetent zu beraten. Die Verleihung des Siegels setzt zudem voraus, dass eine qualifizierte und praxisorientierte Unterstützung in den Betrieben durchgeführt und auf die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen geachtet wird.

Mit seinen zwölf Fachkräften ist der Fachdienst für Arbeitssicherheit Dienstleister für alle städtischen Referate, Eigenbetriebe und viele Beteiligungsgesellschaften. Damit obliegt dem Fachdienst eine hohe Verantwortung für die Gesundheit und Sicherheit vieler Menschen, die täglich bei der Stadt zur Arbeit gehen.
Auf der Homepage der GQA (*www.gqa.de*) ist der FAS bei der Stadt nun als zertifizierter Dienstleister für Arbeitssicherheit in einer so genannten Positivliste aufgeführt. Dieser Qualitätsbeweis hebt den Fachdienst der Landeshauptstadt München gegenüber anderen Dienstleistern und der Konkurrenz im Arbeitsschutz hervor - und kann gerade in der derzeit schwierigen Marktlage Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Musik für die ganze Familie: Aufführung von „Oh, wie schön ist Panama" im Nymphenburger Park

(16.7.2009) Das Jugendkulturwerk des Stadtjugendamtes lädt am Samstag, 18. Juli, ab 18 Uhr, zum 62. Mal in den Nymphenburger Park vor die Badenburg zum kostenlosen Open-Air-Konzert ein. „Die Serenade im Park" ist ein kostenloses Open-Air-Konzert, im letzten Jahr kamen 4.000 große und kleine Musikliebhaberinnen und Musikliebhaber. Bei schlechtem Wetter wird das Konzert am Samstag in den Hubertussaal des Schlosses Nymphenburg verlegt, Konzertbeginn ist dann um 19 Uhr
Das Sommer-Highlight kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Bereits seit 1947 versteht sich die Serenade im Park als Kontrastprogramm und Wertevermittlung. Denn der Initiator der ersten „Serenade", der damalige Stadtschulrat Anton Fingerle, wollte besonders der Jugend bereits nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder echte kulturelle Bildung nahe bringen. Mit der „Serenade" will das Jugendkulturwerk aber nicht nur Kinder und Jugendliche für klassische Musik begeistern, sondern auch jungen Musikerinnen und Musikern Gelegenheit geben, Talent und Können einem breiten Publikum zu präsentieren.
Das unterstützt und fördert auch die Nymphenburger Schlossverwaltung, die „Serenade im Park" ist die einzige größere Konzertveranstaltung im Nymphenburger Schlosspark. Ermöglicht wird sie durch die Großzügigkeit der Nymphenburger Schlossverwaltung, die alljährlich das Areal vor der Badenburg dem Jugendkulturwerk unentgeltlich zur Verfügung stellt.
Dieses Jahr beginnt die Serenade im Park mit dem Kinderbuch-Klassiker „Oh, wie schön ist Panama". Wie bereits in den letzten Jahren spielt das Münchner Orchester „Munich Festival Players" unter der Leitung von Hartmut Zöbeley. Für dieses paradiesische Ereignis im „grünen" Konzertsaal komponierte Hartmut Zöbeley eigens die Interpretation des Abenteuers der beiden Freunde Tiger und Bär. In die Komposition wurde eindrucks-

voll das seltene Blasinstrument, das historische Serpent, integriert, das von Cas Gevers gespielt wird.
Gelesen wird „Oh, wie schön ist Panama" von André Jung. André Jung gehört zum festen Ensemble der Münchner Kammerspiele und wurde von dem Magazin „Theater heute" bereits zwei Mal zum besten Schauspieler des Jahres gekürt. Er erzählt uns von dem Weg ins Traumland Panama, ganz im Sinne Janoschs, denn „jeder lebte schon immer im Paradies und hat es nur nicht gewusst".
Der zweite Teil des Programms richtet sich dann mehr an die erwachsenen Konzertbesucher, die von Hartmut Zöbeley und seinem Ensemble in die Welt von Felix Mendelssohn Bartholdy mit der Symphonie Nr. 4 in A-Dur, die „Italienische", arrangiert für Kammerorchester, entführt werden.
Ein Vergnügen wird schon der Weg zum abenteuerlichen Hörgenuss, denn das Stelzentheater von Judith Gorgass begleitet die großen und kleinen Besucherinnen und Besucher zum musikalischen Ausflug. Die Besucherinnen und Besucher, die sich dann nach dem Konzert selber auf die Suche nach dem Paradies machen möchten, können ein Flugticket von Air Dolomiti nach Italien, eine Landpartie in eines der Biohotels oder Konzertkarten gewinnen.

Gewinnspiel:

Alle Besucherinnen und Besucher haben die Möglichkeit an einer Losziehung teilzunehmen und können einen der tollen Preise gewinnen:

1. Preis: Flugreise für zwei Personen von München in eine italienische Kulturmetropole gestiftet von Air Dolomiti
2. Preis: Gutschein für ein Wellness-Wochenende in einem der 60 Bio-Hotels gestiftet von den Bio-Hotels
3. Preis: drei mal zwei Konzertkarten gestiftet von der Konzertagentur Kulturgipfel

Achtung Redaktionen: Bildmaterial und weitere Infos stehen unter *www.serenade-im-park.de* zur Verfügung.

Umweltladen am Rindermarkt morgen erst ab 13 Uhr geöffnet

(16.7.2009) Wegen einer Personalversammlung des Referates für Gesundheit und Umwelt öffnet der städtische Umweltladen am Rindermarkt 10 morgen, Freitag, 17. Juli, erst um 13 Uhr. Die regulären Öffnungszeiten sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 zu den angegebenen Zeiten zu erreichen, per E-Mail über *umweltberatung.rgu@muenchen.de*. Im Internet lautet die Adresse *www.muenchen.de/umweltladen*

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung

(16.7.2009) Die 227. Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Landeshauptstadt München findet am Dienstag, 21. Juli, um 16 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt.

Folgende Tagesordnungspunkte stehen auf der Tagesordnung:

1. Sapporobogen 6 - 8 (10. Stadtbezirk): Sanierung eines Hochhauses mit Erweiterung eines Dachgeschosses
2. Pelkovenstraße 143 - 145 (10. Stadtbezirk): Aufstellung eines Bebauungsplans zur Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses
3. Am Schützeneck 7 (21. Stadtbezirk): Neubau eines Büro- und Geschäftsgebäudes

Musikprojekt „MakingMusi"

(16.7.2009) Von Januar bis März 2009 war Bilen Isiktas als Mitglied des so genannten SoundLab im internationalen Künstlerhaus Villa Waldberta Teil des erfolgreichen Musikprojekts „MakingMusi" (siehe auch *www.youtub.de/villawaldberta*). Der virtuose Oud-Spieler hat Ende Juni für sein Land Türkei an einem internationalen Oud-Wettbewerb in Beirut teilgenommen, bei dem die hochkarätigsten Oud-Spieler vorwiegend aus der arabischen Welt zusammenkamen, und den 2. Preis gewonnen. Nun ist er wieder für ein paar Tage in München und spielt auf dem Griechisch-Türkisch-Bayerisches Kulturfest. Das alljährliche interkulturelle Fest findet am Samstag, 18. Juli, ab 15 Uhr, auf der Seebühne im Westpark mit vielen interessanten Musik- und Tanzgruppen aus Bayern, Griechenland und der Türkei statt. Hier ist Bilen Isiktas zu hören, wenn Musiker aus diesen drei Ländern um 17 Uhr gemeinsam auftreten. Der Eintritt ist frei; Picknickkörbe nicht vergessen. Veranstalter sind das Dükkan-Kulturplanungsbüro, die griechisch-türkische Initiative „Dialog" und das evangelische Migrationszentrum/ Griechisches Haus.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 16. Juli 2009

Prävention von Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten an weiterführenden Schulen
Anfrage Stadträtinnen Regina Salzmann und Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) vom 17.3.2009

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf die Anzahl von Neuinfektionen mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Erregern bei Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt München, weisen ferner darauf hin, dass Lehrkräften bei Schülerinnen und Schülern immer häufiger mangelnde Kenntnisse zu sexuell übertragbaren Erkrankungen auffallen; aus diesem Grund sei es wichtig, die Mädchen und Jungen rechtzeitig aufzuklären und über die Möglichkeiten, sich vor sexuell übertragbaren Erkrankungen zu schützen, zu informieren.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Staatlichen Schulamtes und des Schul- und Kultusreferats wie folgt:

Frage 1:
Gibt es Untersuchungen bzw. Analysen darüber, ob AIDS und sexuell übertragbare Erkrankungen bei Jugendlichen zunehmen?

Antwort:
Neuinfektionen mit HIV und Syphilis sind nach dem Infektionsschutzgesetz (§ 7 IfSG) meldepflichtige Erkrankungen und werden bundesweit vom Robert-Koch-Institut erfasst (s. Tabellenanhang). Die Zahlen sind so gering, dass sie keine aussagekräftige Interpretation zulassen. Für die Gruppe der 15 - 20 jährigen männlichen Jugendlichen liegen seit 2001 die jährlichen Meldungen für HIV zwischen 33 und 53, für Syphilis zwischen 30 und 85; bei den weiblichen Jugendlichen dieser Altersgruppe für HIV zwischen 15 und 38, für Syphilis zwischen 21 und 34. Ein eindeutiger Trend ist nicht zu sehen und es ist insgesamt auch keine Zunahme zu erkennen.
Zusätzliche Daten zu Jugendlichen werden vom Robert-Koch-Institut seit 2003 im STD-Sentinel (**s**exually **t**ransmitted **d**isease) erfasst (s. Tabellen-

anhang). Unter Sentinel versteht man die Sammlung von Beobachtungsdaten, um die Entwicklung z.B. in diesem Fall der sexuell übertragbaren Erkrankungen, zu überwachen.
Am STD-Sentinel sind insgesamt 247 Einrichtungen aus ganz Deutschland beteiligt, und zwar 69 Gesundheitsämter, 19 Fachambulanzen und 159 Arztpraxen.
Folgende Unterschiede bestehen zwischen dem Datenmaterial dieser beiden Datenquellen:
Die am STD-Sentinel beteiligten Einrichtungen stellen nur einen kleinen Teil aller in Deutschland vorhandenen medizinischen Einrichtungen, die alle der Meldepflicht gem. § 7 IfSG unterliegen, dar. Deshalb sind diese Zahlen viel kleiner als die Zahlen aufgrund der Meldepflicht gem. § 7 IfSG. Man ist sich jedoch einig darüber, dass die Daten aus dem STD-Sentinel bezüglich der Verbreitung von STI's speziell in Hauptbetroffenengruppen aussagekräftiger sind als die Daten aufgrund der Meldepflicht gem. § 7 IfSG, weil niedrigschwellige, anonyme, insbesondere von Hauptbetroffenengruppen akzeptierte Untersuchungsangebote von den Einrichtungen, die am STD-Sentinel beteiligt sind (z.B. Gesundheitsämter) gemacht werden. Wegen dieses besonderen Vertrauensverhältnisses ist eine genauere Identifizierung der Zugehörigkeit zu einer Hauptbetroffenengruppe möglich, als dies z.B. in niedergelassenen Praxen oder Kliniken der Fall ist.
Bezüglich der Daten für Jugendliche bis 18 Jahre gab es 271 STI Fälle (**s**exually **t**ransmitted **i**nfection) in 6 Jahren (2003 bis 2008) in ganz Deutschland (s. Tabellenanhang). Für Bayern allein sind die Zahlen sehr gering. Sieht man sich jedoch alle Jugendlichen bis zum Alter von 20 Jahren an, so traten im gesamten Zeitraum 790 Fälle von STI in Deutschland auf. Auch hier sind die Zahlen für Bayern und damit erst recht für die Stadt München allein zu gering, um aussagekräftige Interpretationen zuzulassen.
Die Daten der „Gesamt STI" stimmen nicht mit der Summe der einzelnen STI wie Chlamydieninfektionen, Gonorrhoe, Syphilis etc. überein, weil insbesondere in den ersten Jahren auch neu diagnostizierte Fälle von Hepatitis, Urethritis und PID (Pelvic Inflammatory Syndrom) noch über den Sentinel gemeldet wurden, welche derzeit nicht mehr erfasst werden. Die einzelnen STI spiegeln die genaueren Zahlen wieder.
Bei näherer Betrachtung des vermuteten Ansteckungsweges bei den unter-20-Jährigen zeigt sich, dass von allen STI-infizierten männlichen Jugendlichen 54 % Sex mit Männern (MSM) hatten, und dass 68 % der weiblichen Jugendlichen in der Sexarbeit (Prostitution) tätig sind. Deshalb können die Zahlen des STD-Sentinels nicht auf die Allgemeinbevölkerung übertragen werden, verdeutlichen jedoch diese beiden Hochrisikogruppen.
Seit dem 01.01.2008 wurde das Chlamydien-Screening für Frauen unter 25 Jahren ausgebaut. Das RKI hat dazu eine Begleitstudie eingereicht, die

jedoch noch nicht endgültig genehmigt worden ist. Ziel ist es, erste Zahlen von Chlamydien-Infektionsraten in der „Normalbevölkerung" zu erhalten. Die Anzahl der sexuell übertragbaren Erkrankungen bei unter 18-jährigen ist nach den vorliegenden Zahlen gering, verdoppeln (HIV, Syphilis) bzw. vervierfachen (Gonorrhoe) sich jedoch in den nächsten beiden Lebensjahren (s. Tabelle „Unter 20-jährige").

Frage 2:
Welche Angebote gibt es derzeit zur Prävention von AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten an weiterführenden Schulen?

Antwort:
Das Staatliche Schulamt hat uns darüber informiert, dass an den bayerischen Hauptschulen in der 8. Jahrgangsstufe eine ausführliche unterrichtliche Arbeit zur Prävention von Aids und anderen ansteckenden Krankheiten betrieben wird. Im amtlichen Lehrplan für alle Hauptschulen (8. Jahrgangsstufe) finden sich unter 8.3 „Richtige Lebensführung" klar formulierte Aussagen.
Die Lernziele lauten: Die Schüler erfahren, wie Infektionskrankheiten entstehen können, wie sie in der Regel verlaufen, und wie man sich davor schützen kann. Sie erhalten Informationen zu Aids und sollen einsehen, dass der beste Schutz davor das verantwortungsbewusste Verhalten gegenüber sich selbst und anderen ist. Sie sollen ein Gespür entwickeln, wie man angemessen mit Kranken umgeht.
Unter Lerninhalte 8.3.2 zu Infektionskrankheiten gehören:
- Infektionskrankheiten durch Bakterien, Viren und Pilze, Ansteckung und Verlauf
- Bakterien und Viren in ihrer Wirkung als Erreger,
- Schutz und Vorbeugung: Funktionsweise des Körper eigenen Immunsystems, Verhalten bei Erkrankung
- HI-Virus als Ursache von AIDS: Ansteckung, Verlauf, Schutz
- Verhalten gegenüber Kranken.

Das Schul- und Kultusreferat hat uns mitgeteilt, dass es sich seiner Verantwortung für die Prävention von Aids und anderen sexuell übertragbarer Erkrankungen bewusst ist und die aktuelle Entwicklung mit Sorge sieht. Zur Auseinandersetzung mit dem Thema bestehen Angebote wie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich Soziales Lernen/ Prävention am Pädagogischen Institut und Information und Beratung vor Ort (Lehrkräfte Biologie, Schulpsychologinnen/Schulpsychologen, Mädchen- und Jungenbeauftragte).

Im Referat für Gesundheit und Umwelt wird direkt durch unterschiedliche Angebote der Abteilungen und indirekt durch Bezuschussung von freien Trägern zur Aids-Prävention beigetragen:

- ***Das Sachgebiet Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche*** hat als gesetzliche Aufgabe (Art. 14 GDVG, Art. 80 BayEUG) insbesondere die gesundheitliche Beratung von Kindern und Jugendlichen. Seit 1996 wurden die Angebote für Aids-Prävention und Sexualaufklärung an Münchner Schulen personell und inhaltlich verstärkt.
  Im Rahmen von verschiedenen Schulprojekten (z.B. Sexualpädagogische Unterricht, Aids-Prävention, Gesundheitswochen, in Sprechstunden und in Zusammenarbeit mit dem Schulreferat im Rahmen einer Lehrer/in - Ärztin Kooperation) werden einerseits Informationslücken geschlossen und andererseits komplexe medizinische Zusammenhänge für die Jugendlichen begreifbar gemacht.
  Die Projekte werden bedarfsorientiert (nach Alter, Geschlecht, kulturellem Hintergrund und Schulart), in meist getrennt geschlechtlichen Kleingruppen und vor allem an Hauptschulen durchgeführt, um speziell sozial und gesundheitlich benachteiligte Kinder und Jugendliche zu erreichen (s. RGU-Stadtratsziel 07).
  Über die schulischen Veranstaltungen hinaus können die Jugendlichen auch danach in angebotenen ärztlichen Sprechstunden auf persönliche Themen eingehen und Hilfestellung bekommen. Im Jahr 2008 konnten durch den Projektunterricht zu Sexualität und Aids ca. 1.200 Schüler und Schülerinnen erreicht werden. Außerdem sind im Rahmen der Schwerpunkttätigkeit Schulärztinnen in neun Hauptschulen regelmäßig und verstärkt mit sexualpädagogischen Angeboten präsent.
  Die Erfahrung der Schulärztinnen zeigt, dass trotz vorhandener Detailkenntnisse (z.B. über Verhütungsmethoden und Ansteckungswege einer HIV-Infektion) viele Mädchen und Jungen große Schwierigkeiten haben, sich Körpervorgänge vorzustellen und eine Eigenverantwortlichkeit aufzubauen. Eine Betroffenheit gegenüber Krankheiten besteht häufig nicht und auch ihrem Körper stehen sie oft sehr entfremdet gegenüber. Dieses verdeutlicht, dass eine reine Wissensvermittlung nicht genügt, sondern pädagogisch begleitet werden muss.
- ***In der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Infektionen einschließlich Aids der Abteilung Gesundheitsschutz*** wurden im Zeitraum von Januar 2001 bis Mai 2007 durch eine für den Bereich „Prävention mit Jugendlichen" zuständige sozialpädagogische Mitarbeiterin insgesamt 182 Präventions-Veranstaltungen für Jugendliche, also jährlich durchschnittlich 36 Veranstaltungen u.a. auch an weiterführenden Schulen durchgeführt.

- Wegen eines seit mehr als einem Jahr bestehenden massiven Personalmangels und wegen des Ausfalls der zuständigen sozialpädagogischen Mitarbeiterin seit Dezember 2007 konnten seither von der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Infektionen einschließlich AIDS keine entsprechenden Angebote an weiterführenden Schulen mehr gemacht werden.
  Nach Abschluss der laufenden Wiederbesetzung der sozialpädagogischen Stellen soll die Präventions-Arbeit in weiterführenden Schulen wieder aktiviert werden.
- ***Auch die staatlich anerkannten Beratungsstellen*** leisten Beiträge zur HIV/Aids-Prävention im Rahmen ihrer sexualpädagogischen Aufgaben. Von unserer ***städtischen Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen*** RGU-GVO7 wird das Thema Aids in sexualpädagogischen Seminaren und Projekten nur als Baustein neben anderen im Bereich Sexualpädagogik behandelt. In der Regel wird das Thema in einer sexualpädagogischen Einheit mit dem Inhalt „Verhütungsmittel" aufgegriffen, da das Kondom das einzige Verhütungsmittel ist, das neben der Verhütung auch die Möglichkeit bietet, sich vor der Ansteckung mit einer sexuell übertragbaren Krankheit zu schützen. Nur wenn darüber hinaus die Schülerinnen und Schüler das Anliegen haben, wird ganz gezielt zum Thema Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten eine eigene Veranstaltung angeboten.
  Ansonsten obliegt den staatlich anerkannten Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages originär die Aufgabe gemäß Art. 5 Abs. 1 BaySchwBerG, präventive und bewusstseinsbildende Angebote zu Fragen der Partnerschaft, Sexualität und Familienplanung sowie zum Schutz des ungeboren Lebens zu machen.
- Im ***Zuschussbereich des RGU*** werden folgende freie Träger, die im Rahmen ihrer Aufgabe wesentlich zur AIDS-Prävention beitragen, bedacht:
  - Münchner Aids Hilfe e.V./Beratungsstelle mit 100.400 Euro
  - Münchner Aids Hilfe e.V. Case Management mit 186.000 Euro
  - Sub e.V. (Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum) mit 13.400 Euro
  - sechs Schwangerenberatungsstellen (Pro Familia, Frauen beraten, evang. Beratungszentrum) mit 902.500 Euro.

Frage 3:
Welche Mittel von der EU, dem Bund, dem Freistaat Bayern und ggf. Stiftungen werden bereits eingesetzt? Welche zusätzlichen Mittel könnten noch akquiriert werden?

Antwort:
Dem RGU ist nicht bekannt, wie viele Landes-, Bundes- oder EU-Mittel extern eingesetzt werden. Das Schul- und Kultusreferat teilt mit, dass im Bereich der städtischen Schulen keine EU-Mittel, Bundes- und Landesmittel zur Aids-Prävention eingesetzt werden und dass es gegenwärtig auch keine personellen Kapazitäten gibt, diese finanziellen Mittel zu akquirieren. Generell bleibt aber anzumerken, dass Beratungs- und Präventionsmaßnahmen bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten sowohl nach dem GDVG wie auch nach dem Infektionsschutzgesetz zu den elementaren Aufgaben des RGU als Behörde des öffentlichen Gesundheitswesens gehören. Artikel 9 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes legt hierzu fest, dass kreisfreien Gemeinden, welche Träger eines Gesundheitsamtes sind, jährlich eine Zuweisung in Höhe von 7,60 Euro je Einwohner erhalten. Eine Aufschlüsselung für welche Aktivitäten die Gelder zu verwenden sind, existiert nicht, es lässt sich somit auch keine Summe benennen, welche das Land für die einschlägigen Maßnahmen bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten in ihrer Zuwendungssumme einkalkuliert hat.

Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert werden oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat" auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 16. Juli 2009

Wie steht es mit dem Energieausweis bei der Landeshauptstadt München?
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Gläsernes Rathaus: Informationsfreiheitssatzung für München
Antrag Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Südbereich von Freiham-Nord soll Stadtteil mit modellhaftem Charakter werden
Antrag Stadträtin Mechthild von Walter (ÖDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Hans Podiuk

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
16.07.09

Wie steht es mit dem Energieausweis bei der Landeshauptstadt München?

Die Energiesparverordnung verpflichtet Vermieter von Wohn- und Gewerbeobjekten, Mieter und Käufer über den Energieverbrauch der Immobilie zu informieren. Dies gilt seit 1. Januar 2009 für sämtliche Wohnobjekte, seit 1. Juli 2009 auch für Gewerbeimmobilien, und zwar für öffentliche Gebäude mit Publikumsverkehr und einer Nutzfläche von mehr als 1.000 Quadratmetern.

Nach einer Umfrage der Energieagentur hatten Bund, Länder und Kommunen bis Anfang Juni 2009 für lediglich 25 Prozent der öffentlichen Gebäude einen Energieausweis ausstellen lassen. Ausgerechnet die Kommunen, die für die Überwachung der Auflage zuständig sind, kommen ihrer Vorreiterrolle somit nicht nach.

<u>Ich frage deshalb:</u>

1. Wie hoch liegt die Quote der ausgestellten Energieausweise bei der Landeshauptstadt München bei den:

   a) Verwaltungsgebäuden (z. B. Rathaus)
   b) Kinderbetreuungseinrichtungen
   c) Schulen
   d) Krankenhäusern
   e) Städtischen Betrieben, wie z.B. Markthallen München oder Abfallwirtschaftsbetrieb.

2. Für wie viel Prozent der Wohnungen der Stadt München und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften ist ein Energieausweis ausgestellt?

3. In welcher Form kommt die Stadt ihrer Aufgabe „Überwachung der Auflage Energieausweis“ nach?

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 16.07.2009

Gläsernes Rathaus: Informationsfreiheitssatzung für München

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- dem Stadtrat den Evaluationsbericht (der bis 30.11.2009 vorliegen soll) über die seit 1.1.2009 für die Gemeinde Prien geltende Informationsfreiheitssatzung vorzustellen (und ggf. weitere Erfahrungen aus den bayerischen Gemeinden, in denen ein Informationsfreiheitssatzung gilt) und
- im Falle einer positiv ausgefallenen Evaluation dem Stadtrat einen Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung für München (auf Basis der in den andren bayerischen Kommunen geltenden Fassungen) zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Demokratie erfordert Transparenz und Kontrolle. Das Handeln öffentlicher Verwaltungen sollte für die Bürgerin und den Bürger prinzipiell offen zugänglich sein. Jeder hat ein Recht darauf zu erfahren, wie sich die Kommune engagiert, wie der Wortlaut eines Gutachtens lautet, welche Kosten dem Steuerzahler entstehen und welcher Art die Hintergründe für öffentliche Entscheidungen sind.
Früher galt: Behördliche Informationen sind grundsätzlich geheim, nur in Ausnahmefällen – etwa bei besonderem persönlichem Interesse – können sie frei zugänglich gemacht werden. Der Grundsatz der Informationsfreiheit bedeutet einen prinzipiellen Paradigmenwechsel: Informationen sind prinzipiell frei zugänglich, außer ein besonderer Grund steht dem ausnahmsweise entgegen – wie der Datenschutz für Informationen über persönliche Belange, das Geschäftsgeheimnis von Firmen oder ein besonderes öffentliches Interesse.
Auf Initiative der GRÜNEN wurde auf Bundesebene während der rot-grünen Koalition ein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet, dass am 1. Januar 2006 in Kraft trat und ein allgemeines Zugangsrecht für Bürgerinnen und Bürger zu Behördenunterlagen des Bundes schuf – unabhängig vom Nachweis einer direkten persönlich Betroffenheit.
In inzwischen 11 von 16 Bundesländern wurde ein entsprechendes Landesgesetz verabschiedet. Da in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Berlin

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

Informationsfreiheitsgesetze gelten und der Anwendungsbereich der entsprechenden Landesgesetze sich auch auf die Kommunen erstreckt, verfügen also von den 10 größten Städten Deutschlands nur Frankfurt am Main, Stuttgart und München nicht über diesbezüglichen Regelungen.
In Bayern wurden sowohl letzte wie diese Legislaturperiode (Februar 2009) Gesetzesentwürfe von GRÜNEN und SPD von der jeweiligen Regierungsmehrheit abgelehnt. Auf kommunaler Ebene steht jedoch der Weg offen, Informationsfreiheitssatzungen zu erlassen. Laut Artikel 23, Satz 1, der Bayerischen Gemeindeordnung können Gemeinden zur Regelung ihrer Angelegenheiten Satzungen erlassen.
Dies haben auch schon einige Kommunen getan. In der Gemeinde Prien ist zum 1. Januar 2009 eine Informationsfreiheitssatzung in Kraft getreten (http://www.prien.de/files/Satzungen_und_Verordnungen/informationsfreiheitssatzung.pdf) - mit Geltung bis Ende des Jahres. Sie regelt den freien Zugang zu den bei der Stadt und den in ihrem Besitz befindlichen Gesellschaften. Davon können – aus rechtlichen Gründen - nur Informationen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt betroffen sein (also nicht solche im sog. übertragenen Wirkungskreis, wie sie etwa im vom Kreisverwaltungsreferat vollzogenen Ordnungsrecht besonders häufig vorkommen).
In Pullach im Isartal trat eine entsprechende Satzung zum 1. März 2009 in Kraft (siehe: http://www.informationsfreiheit.org/uploads/media/IFS_Pullach.doc). Auch die Gemeinderäte von Kitzingen und Grasbrunn haben entsprechende Beschlüsse gefasst.
Prien wird bis Ende November die Erfahrungen bezüglich der Satzung evaluieren. Aufgrund der Ergebnisse der Evaluation soll bis Ende des Jahres darüber entschieden werden, ob diese Satzung endgültig in Kraft tritt.
Auch die Landeshauptstadt München als größte Kommune sollte die Erfahrungen aus den genannten Gemeinden genau prüfen und – falls diese positiv ausfallen – eine Informationsfreiheitssatzung für München erlassen.
Die Stadt München tut jetzt schon viel für die Transparenz. Das Ratsinformationssystem im Internet, die auf den Internetseiten der Stadtverwaltung zugänglichen Informationen sowie das Verhalten bei Bürgeranfragen sind hier zu nennen. Dennoch ist es wichtig, dies auch in rechtliche Form zu gießen und den Bürger per Satzung ausdrücklich den Anspruch auf freien Informationszugang zu garantieren. Damit würde die Stadt München auch gerade angesichts der Haltung der Staatsregierung, die sich weigert, ein Informationsfreiheitsgesetz für Bayern zu erlassen, ein deutliches Zeichen setzen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:
Dr. Florian Roth, Stadtrat

Politik, die aufgeht. **ödp.**

ödp. Mechthild v. Walter, M.A., Klugstraße 38, 80638 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

16. Juli 2009

Antrag

Südbereich von Freiham-Nord soll Stadtteil mit modellhaftem Charakter werden

In den Auslobungstext der Wettbewerbe für den Südbereich von Freiham-Nord sollen die folgenden vom Münchner Forum ausgearbeiteten Forderungen übernommen werden:

Die Perspektive München „kompakt – urban – grün" soll auch für Freiham gelten. Freiham soll keine Schlafstadt werden, sondern ein lebendiger Lebensmittelpunkt seiner Bewohner.

1. Wesentliche für das Wohnen vorgesehen Stadträume als Mischgebiete entwickeln. Die Umsetzung der Neubebauung durch eine Gestaltungskommission begleiten, in der der Bezirksausschuss Sitz und Stimme hat.

1.1 Die Trennung von Arbeiten und Wohnen überwinden. Leise und saubere Arbeitsplätze sollen ausdrücklich auch in und zwischen Wohngebäuden entstehen. Selbstentfaltung und Hilfe fördern.
1.2 Dazu in vielen Bereichen des Stadtviertels im EG eine Nichtwohnungsnutzung für Handel und Gewerbe, Gemeinschaft und künstlerische oder soziale Nutzung verbindlich festlegen.
1.3 Entwicklungen um den Kern in Abschnitten ermöglichen, und zwar z. B. mittels einer Satzung, die sich eher an der früheren Münchner Staffelbauordnung orientiert als an starren Vorgaben.
1.4 Einfache Gestaltungsrichtlinien erarbeiten, um die Besonderheit und einen ortstypischen Charakter der Neubausiedlung zu erreichen.
1.5 Für einzelne Nutzerkreise vorhabensbezogene Bebauungspläne erstellen.

2. Öffentliche Räume in zentraler Lage planen, ihre urbane Entwicklung gezielt fördern. Durch Variabilität das Stadtbild spannungsreicher und einmaliger machen.
2.1 Variable Stadträume mit deutlich dichterem Kern in geschlossener Bauweise schaffen.
2.2 Städtische, das heißt umbaute, Plätze erlebbarer Größe und Dichte sowie andere Orte für den Aufenthalt im öffentlichen Raum vorsehen, die unverwechselbar sind.
2.3 Öffentliche Gebäude und Häuser für Dienstleister ins Zentrum der Wohngebiete stellen, damit Bürger sich bei der Schule, bei Einkäufen und bei Dienstleistern treffen können.
2.4 Eher schmal und hoch bauen als lang und breit. Baugrundstücke an der Straße in flexiblem Regelmaß festlegen, ortsbezogene Parzellengrößen wählen. Die Lebendigkeit eines Straßenzugs hängt von der Straßenfront der Gebäude ab.
2.5 Keine starren Baulinien vorsehen, sondern Baugrenzen mit Toleranzen. Vor-/Rücksprünge machen den Straßenraum lebendig und die Nutzung flexibel.
2.6 Für Wandhöhen große Toleranzen zulassen, um der Nutzungsvielfalt gerecht zu werden.
2.7 Dachformen sollen sich aus der Nutzung ergeben, keine Vorgaben machen.

Seite 2 des Antrages vom 16. Juli 2009

3. Grundstücke vorrangig an Bauherrengemeinschaften und Beugenossenschaften vergeben und in offener Gestaltung bebauen.

3.1 Baugruppen (Bauherrengemeinschaften, Baugenossenschaften) fördern, und zwar nicht als Sonder- und Modellfall, sondern als Regelfall. Eine Bauherrenbörse einrichten und pflegen.
3.2 Flächen für Modellvorhaben vorhalten, auf denen Antworten auf den gesellschaftlichen und demographischen Wandel gegeben werden (Generationenwohnen, Frauenwohnen etc.).
3.3 Wohnbaugesellschaften veranlassen, in Baugemeinschaften mitzuwirken.
3.4 Auch kommerzielle Investoren darauf verpflichten, dass ein durchmischtes Gebiet entsteht.
3.5 Eine Vergabekommission für Grundstücke schaffen, die die gesellschaftliche Mischung unterstützt und wie die Gestaltungskommission dem Ziel verpflichtet ist, Freiham unverwechselbar zu machen.

4. Die Erschließung so gestalten, dass fußläufige Beziehungen sinnfällig und attraktiv sind.

4.1 Durch die Stadtgestalt für ein lebendiges Zentrum sorgen. Leitprinzip ist die Stadtgestaltung und nicht der Verkehr. Dieser ist zu gewährleisten, hat aber eine dienende Aufgabe.
4.2 Das Straßenraster der angrenzenden Altbebauung aufnehmen und fortführen.
4.3 In den Straßenräumen Begegnungszonen ohne Bürgersteige und andere Abgrenzungen schaffen, in denen Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der ÖPNV gleichberechtigt sind.
4.4 Stadtbildprägende Abstellflächen für Automobile vermeiden. Wege zwischen Wohnung und Pkw-Stellplatz von der Länge des Weges zur ÖPNV-Haltestelle sind wenn nötig zumutbar.
4.5 Grünbeziehungen als Beziehungen (von...nach) gestalten. Attraktive Orte wie das Gut Freiham
etc. sollten von allen Einwohnern über Grünflächen erreichbar sein.

Begründung:

Freiham ist eines der wenigen großen Baugebiete, die der Stadt noch zur Verfügung stehen. Hier sollte die Chance genützt werden, ein wegweisendes, zukunftsfähiges Stadtviertel zu schaffen, dass als Modell für weitere Stadtplanungen dienen kann. Die Ausarbeitung des Münchner Forums weist einen gangbaren Weg, diesen Stadtraum zu einem Lebensraum werden zu lassen, in dem
Menschen sich wohl fühlen und gerne aufhalten.

Mechthild v. Walter
Stadträtin

Ökologisch-Demokratische Partei
im Münchner Rathaus
Mechthild v. Walter, M.A.,Stadträtin
Klugstraße 38, D-80638 München
Telefon 089-15 39 87, Fax15 12 63
mechthild.von-walter@muenchen.de
www.oedp-muenchen.de